

## Ein Plädoyer gegen die Delegitimierung der DDR

Interview mit Rechtsanwalt Dr. Friedrich Wolff

*Herr Dr. Wolff, die überwiegende Mehrheit der Mitglieder und Sympathisanten unseres Vereins sowie der Leser unseres monatlichen Informationsblattes »ISOR aktuell« kennt Sie als engagierten Juristen und aufklärenden Publizisten in der DDR, aber auch als Verteidiger politischer Verantwortungsträger der DDR vor der westdeutschen politischen Strafjustiz.*

*Mit dem kürzlich bei »edition ost« erschienenem Sachbuch „Einigkeit und Recht - Die DDR und die deutsche Justiz“ haben Sie sehr überzeugend und faktenreich Funktion und Aufgabenstellung der westdeutschen Justiz im sogenannten Einigungsprozess analysiert.*

*Sie haben damit gleichzeitig bei vielen früheren DDR-Bürgern, auch bei Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR, das Selbstbewusstsein, für ihren Staat ehrlich gearbeitet und Leistungen erbracht zu haben, erheblich befördert.*

*Inwieweit ist es Ihrer Meinung nach der westdeutschen Politik und Justiz gelungen, der Forderung des einstigen Justizministers Kinkel auf dem Richtertag im September 1991 in Köln, die DDR zu delegitimieren, sie als Unrechtsstaat und zweite deutsche Diktatur zu denunzieren, zu entsprechen?*

**Dr. Wolff:** Unzweifelhaft ist das misslungen. Die von Generalstaatsanwalt Schaeffgen genannten Zahlen und Fakten beweisen es eindeutig. Allerdings muss hinzugefügt werden, dass die Öffentlichkeit davon nicht unterrichtet ist. Die Medien haben über die Bilanz der sogenannten Vergangenheitsbewältigung nichts berichtet. Die Bilanz war ihnen zu negativ. In der Öffentlichkeit blieb daher bestehen, was die Medien ständig über Prozesse gegen DDR-Bürger berichteten, was selbst in den Unterhaltungssendungen des Fernsehens verbreitet wurde, ja, was Hubertus Knabe noch heute verbreitet oder verbreiten lässt: In der DDR wurde gefoltert, wurden Zwangsadoptionen und Einweisungen Normaler in die Psychiatrie vorgenommen. Niemand nimmt zur Kenntnis, dass dies alles unwahr ist. Immer noch wird der Stasi-Vorwurf benutzt, um politische Geg-

ner, die frei gewählt worden sind, aus dem parlamentarischen Leben und überhaupt aus der Politik auszuschalten.

**ISOR:** Der Einigungsprozess, insbesondere die Herstellung der »inneren Einheit« ist bisher gescheitert.

*Noch immer werden große Gruppen früher DDR-Bürger politisch, beruflich und sozial ausgesetzt, ungleich behandelt und diskriminiert. Sehen Sie in absehbarer Zeit eine Möglichkeit, diesen Zustand zu ändern?*

**Dr. Wolff:** Diese Möglichkeit besteht nur, wenn mit Festigkeit den Unwahrheiten entgegen getreten wird, wenn deutlich gemacht wird, dass die Verleumdung der DDR und ihrer Bürger benutzt wird, um den Widerstand gegen Sozial- und Demokratieabbau zu schwächen, wenn nicht zu brechen. Man sagt DDR und meint Sozialismus und echte Demokratie.

**ISOR:** Politik, Justiz und Medien veranstalten seit Jahren mehrheitlich einen Feldzug gegen den Staat DDR und seine ehemaligen Mitarbeiter. Sie fordern »Aufarbeitung« und »Vergangenheitsbewältigung« und unterhalten dazu ein Heer von steuerfinanzierten Personen und zahlreichen Institutionen.

*Was haben deren Aktivitäten in den vergangenen 15 Jahren tatsächlich erbracht?*

*Hätten die »alten Bundesländer« angesichts des Einsatzes von Zehntausenden ehemaligen Nazi-Funktionären in Staat, Politik und Justiz der jungen BRD oder der 125.000 Ermittlungsverfahren gegen Kommunisten und antifaschistische Widerstandskämpfer mit tausenden Verurteilungen nicht viel eher Anlass, ihre Geschichte »aufzuarbeiten« und ihre »Vergangenheit zu bewältigen«?*

**Dr. Wolff:** Selbstverständlich hätten aus der Geschichte andere Lehren gezogen werden müssen. Die Verharmlosung, ja Verklärung der preußisch-deutschen Vergangenheit ist entlarvend. Preußische Könige und deutsche Kaiser haben immer Demokraten, Sozialisten und Kommunisten verfolgt. Heute lobt man Friedrich Wilhelm IV., dessen Soldaten die Freiheits- und Einigungsbestrebungen deutscher

Patrioten blutig unterdrückten, heute werden deutsche Kaiser, die das Sozialistengesetz, die Niederschlagung des Boxeraufstands in China und der Pariser Kommune sowie den Krieg von 1870/71, den Völkermord an den Hereros und den ersten Weltkrieg zu verantworten haben, in allen möglichen Formen geehrt. Es gibt eine Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, Kaiserbäder, Hindenburgstraßen usw. Der Standardkommentar zum Grundgesetz wurde von dem ehemaligen Nazi und aktiven Neofaschisten Maunz herausgegeben, der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog war sein Schüler. Niemand verliert auch nur ein Wort darüber.

**ISOR:** Das Bundesverfassungsgericht hat im Juni 2004 zwei bemerkenswerte Entscheidungen getroffen. Am 22. Juni wurde die Verfassungsbeschwerde eines ISOR-Mitglieds gegen § 7 AAÜG (Rentenstrafrecht) zur Entscheidung nicht angenommen, einen Tag später wurde die Entgeltbegrenzung für sogenannte E3-Gehaltsempfänger für verfassungswidrig erklärt und der Bundestag aufgefordert bis zum 30.06.05 eine entsprechende gesetzliche Regelung zu schaffen.

*Das ist am 12. Mai 2005 mit den Stimmen der anwesenden Abgeordneten außer den beiden mutigen PDS-Frauen erfolgt mit dem Ergebnis, dass das Rentenstrafrecht nicht nur erhalten blieb, sondern noch erweitert wurde.*

*Wie erklären Sie sich eine solche Entwicklung, und wie sollte Ihrer Meinung nach darauf reagiert werden?*

**Dr. Wolff:** Die Überlegungen und gar die Motive der Richter des Bundesverfassungsgerichts kann ich natürlich nicht erkennen. Deutlich scheint mir aber zu sein, die Ausgrenzung der ehemaligen offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit schaltet einen erheblichen Teil der Sozialisten aus der DDR, der DDR-Elite, aus dem öffentlichen Leben aus. Sie stellt eine politische Verfolgung unter dem Mantel der Reaktion auf ein unbewiesenes menschenrechts- und rechtsstaatswidriges Verhalten einer großen Gruppe von Menschen dar. Der Beweis individueller Schuld wird durch eine unbewiesene Kollektivschuld ersetzt. Damit wird die Linke in Deutschland entscheidend geschwächt. Das halte ich für den Hintergrund dieses Vorgehens.

**ISOR:** Wann und unter welchen Bedingungen können Ungleichbehandlung, Diskriminierung und Verleumdung ehemaliger DDR-Bürger tatsächlich überwunden sein?

*Was können wir als Verein und was kann jeder Einzelne dazu tun?*

**Dr. Wolff:** Der Einzelne kann wenig tun. Er muss sich mit anderen zusammenschließen. Die Wahrheit über die DDR und ihre Organe muss verbreitet werden. Es darf kein Zurückweichen vor den nebulösen Verdächtigungen geben, es muss vielmehr gezeigt werden, dass fundamentale Grundrechte durch Ungleichbe-

## Der Vorstand teilt mit:

Der Vorstand behandelte auf seiner Sitzung am 26. Oktober 2005 das weitere, mit anderen Verbänden abgestimmte, Vorgehen gegen die konkreten Auswirkungen des Ersten Änderungsgesetzes zum AAÜG. Horst Parton informierte über diesbezügliche Gespräche mit den Vorsitzenden des BRH und der Ehemaligen Ost im DBwV sowie mit Partnern der Initiative für gerechte Altersversorgung (IGA). ISOR wird Aktivitäten, die der Verhinderung der Durchsetzung der Festlegungen des 1. AAÜG ÄndG dienen, wirksam, auch finanziell, unterstützen. Es muss verhindert werden, dass neue Kategorien von Strafrentnern entstehen und die Grundsätze des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Juni 2004 gegenüber den E 3-Betroffenen unterlaufen werden. Dazu dienen weitgehend abgestimmte Aktivitäten, vor allem Musterverfahren und Verfassungsbeschwerden. ISOR sieht in der ersatzlosen Streichung des § 6 AAÜG eine entscheidende Voraussetzung für die Beseitigung des noch verbliebenen Rentenstrafrechts insgesamt.

Zur Vorbereitung der Vertreterversammlung am 12. November 2005 in Berlin beriet der Vorstand erste Entwürfe für Referat und Entschließung. Es wird darauf ankommen, die aus Sparsamkeitsgründen auf einen Tag verkürzte Zeit effektiv und diszipliniert zu nutzen.

Außerdem wurde darüber informiert, dass die »Birthler«-Behörde unter Bezugnahme auf das ohnehin fragwürdige »Stasi-Unterlagen-Gesetz« die Herausgabe von Daten, die beim Bundesverwaltungsamt vorliegen und von ISOR für die Klärung der Einkommensverhältnisse im MfS dringend benötigt werden, verweigert hat.

Der Vorstand hat umgehend gegen dieses offenbar abgekartete Spiel Widerspruch eingelegt, bis jetzt allerdings ohne Wirkungen. Er fordert die ISOR-Mitglieder auf, diesen Widerspruch mit Protestbriefen an die Birthler-Behörde nachhaltig zu unterstützen, wozu nebenstehende Textempfehlung gegeben wird.

> Fortsetzung von Seite 1

## Ein Plädoyer gegen die Delegitimierung der DDR

handlung, Diskriminierung und Verleumdung verletzt werden und Deutschland in eine Richtung gelenkt wird, die in Jahrhunderten nur Unglück über seine Bürger gebracht hat.

**ISOR:** Vielen Dank, Herr Dr. Friedrich Wolff, für die aufschlussreichen und orientierenden Antworten auf unsere Fragen.

(Die Fragen stellte Dr. Wolfgang Stuchly, ISOR Pressesprecher)

Absender	Datum
Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Frau Marianne Birthler	
Otto-Braun-Str. 70–72 10178 Berlin	
<p><i>Sehr geehrte Frau Birthler, mit diesem Schreiben wende ich mich gegen Ihre Weigerung, aus den Unterlagen des MfS/AfNS vom Bundes- verwaltungsamt ermittelte Daten heraus- zugeben, wie Sie in dem ablehnenden Bescheid vom 23. September 2005 an ISOR e.V. verfügen. Ich bin Mitglied der ISOR e.V. und persönlich von dieser Ablehnung betroffen.</i></p> <p><i>Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 22. Juni 2004 zur Verfassungsmäßigkeit von § 7 AAÜG eine erneute Überprüfung in Aussicht gestellt, wenn neue rechtserhebliche Tat- sachen über die Einkommensverhältnisse des MfS/AfNS vorgelegt werden. Diese rechtliche Möglichkeit kann nur dann wahrgenommen werden, wenn Sie die in Ihrer Behörde vorhandenen Daten meinem Verein, ISOR e.V., dazu zugäng- lich machen. Nach meinem Rechtsver- ständnis verstößt diese Weigerung Ihrer Behörde gegen allgemein rechtsstaat- liche Prinzipien und gegen meine Persönlichkeitsrechte.</i></p> <p><i>Ich bitte Sie, dieses Schreiben als Beschwerde im Sinne des Artikels 17 Grundgesetz zu behandeln und erwarte Ihre Antwort.</i></p> <p><i>Mit freundlichen Grüßen</i></p>	

### Friedrich Wolff

**»Einigkeit und Recht –  
Die DDR und die deutsche  
Justiz«**

edition ost 2005, 224 S., 14,90 Eur  
ISBN 3-360-01062-0

## Zum Herbsttreffen der »Grenzer«

Am 29. Oktober 2005 trafen sich nahezu 300 ehemalige »Grenzer« und Gäste zum traditionellen Herbsttreffen. Zum Thema »15 Jahre danach – (Wieder) Vereinigung – Beitritt – Anschluss oder feindliche Übernahme?« und zur Bewertung der Ergebnisse der Wahl zum Deutschen Bundestag sprach einleitend der Präsident des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV), Prof. Dr. Siegfried Prokop. Seine Bilanz im Hinblick auf die Ostdeutschen war nachhaltig negativ, seine Ausblicke waren wenig optimistisch. Er appellierte an die mehrfach schon bewiesene Solidarität der Verbände, sich den erkennbaren Plänen für spürbare Einschnitte in den sozialen Leistungen energisch zu widersetzen.

Der 83-jährige ehemalige DDR-Verteidigungsminister, Armeegeneral a.D. Heinz Keßler, und der ehemalige Chef des Hauptstabes der NVA, Generaloberst a.D. Fritz Streletz, beide von der westdeutschen politischen Strafjustiz zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, sprachen zu grundsätzlichen Fragen und erzielten dabei auch starke emotionale Wirkungen.

Im Mittelpunkt standen dabei die Würdigung der Disziplin der Angehörigen der Grenztruppen in der komplizierten Zeit der Grenzöffnung 1989 und die Versuche westdeutscher Politiker, Juristen und politischer Provokateure, den verantwortungsvollen Grenzdienst zu missbrauchen, um die DDR als »Unrechtsstaat« und die Grenztruppen der DDR als schießwütige Mörder zu denunzieren.

Herbert Becker, Vorsitzender der Kameradschaft Ehemalige im DBwV Ost, bemängelte erkennbare Absichten, auch in der Bundeswehr soziale Leistungen abzubauen. Er kritisierte offensichtliche Defizite in der Gleichstellung der Soldaten Ost-West und informierte, dass zur 17. Hauptversammlung des Bundeswehrverbandes im November 2005 zahlreiche Anträge in dieser Richtung vorliegen.

Die gesamte Veranstaltung strahlte Zusammengehörigkeit in Wort und Tat sowie tiefe Solidarität aus.

Grußschreiben an und Geldsammlung für inhaftierte Kundschafter, Unterstützung der Initiativen zur Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges in den 50er Jahren in Westdeutschland und das starke Interesse der Teilnehmer an der angebotenen politischen Literatur waren dafür deutliche Indikatoren.

Es war unverkennbar, dass ISOR e. V. in den Mitgliedern der AG Grenze der GRH gute Freunde und Mitstreiter im Kampf um Rentengerechtigkeit und Gleichbehandlung Ostdeutscher hat.

Wolfgang Stuchly



## Aus unseren TIG

### Gemeinschaftsveranstaltung der im Harzkuratorium für soziale Gerechtigkeit wirkenden Vereine

Am Samstag, dem 8. Oktober hatten wir als Harzkuratorium, in welchem ISOR, DBwV, GRH, GBM und BRH der Kreise **Quedlinburg**, **Wernigerode** und **Halberstadt** seit einigen Jahren den Kampf gegen Rentenungerechtigkeit und Sozialabbau zur Erhöhung der Wirksamkeit strategisch koordinieren, zu einer Informationsveranstaltung nach Quedlinburg geladen. Mit den Freunden der ISOR des Kreises Aschersleben waren der Einladung über 200 Freunde und Kameraden gefolgt.

Als Gastredner traten der letzte Staatsratsvorsitzende der DDR Egon Krenz und der ISOR-Vorsitzende Horst Parton auf.

Anlass unserer Bemühungen für eine solche Veranstaltung war die Feststellung von nachlassendem Gesamtinteresse, politischer Kampfesmüdigkeit und aufkommende Zweifel am Erfolg unserer weiteren Aktivitäten für soziale Gerechtigkeit, insbesondere der Beseitigung des Rentenstrafrechts für ehemalige MfS-Angehörige bei einigen Mitgliedern.

Andererseits hatten wir durch umfangreiche Bemühungen eine Reihe von potentiellen Mitgliedern zur Teilnahme bewegen können, um sie erstmals authentisch mit den früher oder später auch auf sie selbst zukommenden Problemen der sozialen Benachteiligung zu konfrontieren und zum Nachdenken über eine eventuelle Mitgliedschaft zu veranlassen.

Nicht zuletzt war es beabsichtigt, Aufmerksamkeit für die im Harzkuratorium wirkenden Vereine zu erzielen.

Eines unserer wesentlichsten Ansinnen bestand jedoch darin, vom ehemals ersten Mann der DDR nach nunmehr 16 Jahren endlich einmal verbindliche Antworten auf die Fragen zu erhalten, die sich immer wieder um das »Warum?« bzw. »Wer trug die Verantwortung?« rankten und bisher darüber nur spekuliert werden konnte bzw. auf die verleumderischen Veröffentlichungen in den Medien zunächst zurückgegriffen wurde.

Gleichzeitig beabsichtigten wir, mit der Biographie von Egon Krenz nach dem Zusammenbruch der DDR unseren Mitgliedern und den bis jetzt noch abseits Stehenden Mut und Hoffnung zu machen, selbst unter den kaum noch zu überbietenden Diskriminierungen erfolgreich für eine Sache einzutreten, d.h. in unserem Fall speziell für die Beseitigung des Rentenstrafrechts.

Horst Parton hat in seiner ihm eigenen souveränen und für alle verständlichen Art und Weise die bisherigen Erfolge, den gegenwärtigen Stand aber auch die noch zu überwindenden Hürden im Kampf um endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechts deutlich gemacht. Er hat dabei insbesondere auf die z.Z. existierenden politischen Barrieren hingewiesen, die komplizierte juristische Seite erläutert und auch nicht verschwiegen, dass es noch ein langer und kostenaufwändiger Weg bis zum Ziel sein wird. Er hat auch nicht ausgeklammert, wie kontraproduktiv es ist, wenn vorwiegend ehemalige MfS-Angehörige resignieren bzw. ihren Austritt erklären.

Wesentlich waren jedoch für alle seine Fakten und Beweise, dass es sich trotz aller Probleme und Schwierigkeiten lohnt, unter der Flagge der Solidarität in unserem gemeinsamen Kampf nicht nachzulassen. Unter anderem verwies er dabei insbesondere auf die jetzt im Bundestag in Fraktionsstärke vertretende Linkspartei.PDS und auf den Erfolg unserer Protestaktion hinsichtlich der nunmehr erzwungenen Akteneinsicht bei der »Birthler«-Behörde.

Nachdem Egon Krenz als Betroffener des Rentenstrafrechts und GRH-Mitglied bezugnehmend auf die Ausführungen von Horst Parton sprach, ging er auf die Ereignisse in der damaligen Parteizentrale in Berlin ein. Zu diesen zurückliegenden Ereignissen, Prozessen, Personen, Entscheidungen, eigenem Verhalten und Fehlern beantwortete er Fragen. Auch zu seiner Person selbst und zu jetzigen politischen Entwicklungen bis hin zu seiner Haltung zur Linkspartei.PDS stand er Rede und Antwort. Er ist keiner Frage ausgewichen und hat ehrlich und selbstkritisch Stellung genommen.

Seine Haltung ist nach wie vor geprägt von hoher Verantwortung, deshalb hat er auch kein Verständnis für solche ehemaligen Weggefährten, die sich ahnungslos stellen oder für Geld und andere sogenannte Anerkennungen ihre Gesinnung aufgegeben haben. Egon Krenz hat überzeugend demonstriert, dass er trotz Haft und vielerlei Repressalien seiner kommunistischen Grundeinstellung treu geblieben ist, keinerlei Verbitterung zeigt und den ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe nach wie vor solidarisch verbunden ist. Dafür tritt er aktiv ein und hat allen nochmals für ihr besonnenes Verhalten im Herbst 89 besonders gedankt. Mit seinen Ausführungen hat er uns anschaulich vorgeführt, dass es sich lohnt, trotz übelster Verleumdungen und Diskreditierungen mutig und aufrecht zu gehen, klug und konsequent zu handeln und bei zwischenzeitlichen Misserfolgen nicht gleich zu resignieren.

Heinz Tischner

An der Mitgliederversammlung der TIG Gera zur Wahl des neuen Vorstands der TIG und der Delegierten zur Vertreterversammlung der ISOR nahmen als Gäste der Vorsitzende des Landesvorstandes der Linkspartei.PDS Thüringen Dieter Hausold und die Vorsitzenden der Gruppen der Stadt Gera des BRH Siegfried Schneider und der GBM Horst Dietrich teil.

Der TIG-Vorsitzende Walter Hande konnte in seinem Rechenschaftsbericht eine positive Bilanz der Arbeit der TIG ziehen. Der Mitgliederbestand konnte durch Neuwerbungen konstant gehalten werden, Abgänge aufgrund von Todesfällen und Austritten wurden ausgeglichen. 50 Prozent der Mitglieder des Vorstands konnten durch jüngere Freunde ersetzt werden. Ca. 300 Petitionen mit der Aufforderung, das noch bestehende Rentenstrafrecht für ehemalige Angehörige des MfS/AfNS zu beseitigen, wurden an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, Abgeordnete aller Parteien und Ebenen übersandt. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Mitglieder wurde durch vielfältige Veranstaltungen gestärkt.

Willi Nießen

★  
Der Vorstand der TIG Berlin-Köpenick lud, wie schon im Jahre 2004, Mitglieder der Basisgruppen unserer TIG sowie Sympathisanten von ISOR zu einer 4-tägigen Kurzreise in die Tschechische Republik ein. Ziel war Stare Plavy am Machasee, einem der schönsten Seen im waldreichen Nordböhmien. In bewährter Abstimmung mit dem Reiseveranstalter tuk wurde ein vielseitiges Programm angeboten. Auch diese Reise diente dazu, den Zusammenhalt und die Solidarität unserer Mitglieder im Kampf um Rentengerechtigkeit weiter zu stärken.

Dieter Uhlemann

★  
In Erfurt befassten sich Vorstand und Kassierer der TIG aus aktuellem Anlass mit der Rolle der Bundesbehörde unter Gauck und Birthler in den 15 Jahren seit dem Anschluss der DDR an die BRD: Zurückhaltung bei der Herausgabe der Daten über die tatsächlichen Einkommensverhältnisse der ehemaligen Mitarbeiter des MfS, Äußerungen über angebliche Stasi-Zuträger unter den neuen Bundestagsabgeordneten, permanente Diffamierung der DDR und Verleumderung des MfS.

Wäre es nicht die Aufgabe dieser Behörde gewesen, nicht zuletzt bei der Beratung und Beschlussfassung der Änderung des AAÜG, Regierung und Bundestag über die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit bei der Ermittlung und Ahndung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen während der Nazizeit zu informieren?

Mit der Erweiterung des unter Rentenstrafbestimmungen fallenden Personenkreises wurden auch Staatsanwälte und Richter erfasst, die Ermittlungen gegen SS-Offiziere und Schar-

➤ Fortsetzung auf Seite 4

### ➤ Fortsetzung von Seite 3

führer, gegen KZ-Aufseher und Angehörige von Mordkommandos in besetzten Gebieten Polens oder der Sowjetunion leiteten, kontrollierten und gerichtlich abschlossen.

Dies unterstreicht nach unserer Ansicht ein weiteres Mal die Notwendigkeit, mit den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit so umzugehen, wie es Egon Bahr, Günter Grass, Friedrich Schorlemmer, Edelbert Richter u. a. in ihrer Erklärung 2005 forderten. (Siehe [www.isor-sozialverein.de/Bei anderen gelesen](http://www.isor-sozialverein.de/Bei%20anderen%20gelesen)) **Ralf Poller**

★

### TIG Leipzig für neue Aufgaben bereit!

Nach erfolgreichem Abschluss der Wahlen in den 7 Untergruppen, die seit nunmehr 10 Jahren bestehen, berieten 125 gewählte Vertreter mit ihren Gästen, dem stellv. ISOR-Vorsitzenden Prof. Dr. Horst Bischoff, Vertretern befreundeter Vereine, Vorsitzenden der TIG des Regierungsbezirks und der TIG Altenburg sowie interessierten Mitgliedern aus den Untergruppen, auf ihrer Vertreterversammlung am 1. Oktober 2005 über den erreichten Stand und die weiteren Aufgaben im Kampf gegen Rentenstrafrecht und für soziale Gerechtigkeit.

Aufmerksam und interessiert verfolgten sie den Bericht des Vorsitzenden und Beiratsmitglieds Wolfgang Henter und die Ausführungen von Prof. Dr. Bischoff. Die kritische Wertung des 15. Jahrestages des Anschlusses der DDR an die BRD, das neue E 3-Gesetz und die Anforderungen daraus, die gesamte Breite und Vielfalt des Vereinslebens, die solidarische Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Vereinen waren Themen, zu denen im Bericht Stellung bezogen und seitens Prof. Bischoff überzeugend argumentiert und wertvolle Anregungen vermittelt wurden. Beispiel für die in der TIG erreichten Ergebnisse, auf denen aufgebaut werden kann, sind u.a. 1836,40 Euro zusätzliche Spenden für den Bundestagswahlkampf der Linkspartei.PDS, ca. 34 % Anteil ehemaliger MfS-Mitarbeiter der BV am Mitgliederbestand und die 14-jährige Führung der Finanzgeschäfte ohne Beanstandungen.

Die Diskussionsbeiträge ergänzten die gute Bilanz, widerspiegeln die Erfahrungen aus dem Leben der Untergruppen, die Vielfalt der Aktivitäten unter Nutzung der unterschiedlichsten Möglichkeiten und unterstrichen die Bereitschaft unserer Mitglieder zur Fortsetzung des Kampfes. So berichtete z.B. Helmut Müller, Vors. UG Nord mit 60 % ehemaligen NVA-Angehörigen, wie vor allem durch persönliches Engagement der Mitgliederbestand erweitert werden konnte und der Prozess beim Schreiben von Petitionen straff geführt und kontrolliert wurde. Interessant auch die Erfahrungen von Albert Gräbner, Betreuer UG Mitte, die er

bei Unterschriftenaktionen für Rentengerechtigkeit auf betrieblichen Veranstaltungen und bei Vereinen außerhalb von ISOR gesammelt hat. Die anwesende Vertreterin des BRH, Frau Guhr, bot ihre Unterstützung bei Fragen zur Rentenbesteuerung an.

Einstimmig wurde von der Versammlung ein Beschluss als künftige Arbeitsgrundlage verabschiedet, in dem als Schwerpunkte genannt sind:

1. Die Arbeit der TIG als Organisationsstruktur von ISOR e.V. so auszurichten, dass die ständige Zusammenarbeit und Information mit dem Vorstand in Berlin, seinen AG, den Landesbeauftragten und Rechtsanwälten gesichert und weiter ausgebaut wird. Vorstand der TIG und

seine AG müssen weiter als Informationsschaltstellen zu den UG und Mitgliedern wirken.

### 2. Entscheidend bleiben:

- der weitere juristische und politische Kampf um die Überwindung der Entgeltbegrenzungen,
- der entschiedene Widerstand gegen weitere Beschniedung der sozialen und politischen Rechte aller Bürger,
- die weitere Unterstützung und Solidarität mit der linken Bewegung, die Stabilisierung der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen des Territoriums.

Die 15 Mitglieder des Vorstandes wurden einstimmig gewählt, Wolfgang Henter als Vorsitzender bestätigt.

**Siegfried Lorenz**

### Bei anderen gelesen:

#### Senioren fordern von großer Koalition: Stellt wieder Vertrauen in die Rente her!

Die Rente muss auch in Zukunft die eigene Beitragsleistung aus dem Arbeitsleben widerspiegeln und auch unter den Belastungen des demografischen Wandels und den Veränderungen in der Arbeitswelt deutlich mehr als eine Armut vermeidende Grundsicherung bleiben. Zu diesem einstimmigen Ergebnis kam die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) mit ihren 87 Mitgliedsverbänden in einer Fachtagung zur langfristigen Reform der Rentenversicherung.

In den Leitlinien zur langfristigen Reform der Rentenversicherung, die den Verhandlungsführern von Union und SPD übermittelt wurden, fordert die BAGSO:

- ▼ Eine Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters kommt erst dann in Betracht, wenn die Arbeitschancen der Älteren deutlich verbessert, bestehende Anreize zur Frühverrentung beseitigt und solche zur Beschäftigung älterer Menschen geschaffen worden sind.
- ▼ Die Dauer der Anrechnungszeit für Familienleistungen (Kindererziehung und Pflege) in der gesetzlichen Rentenversicherung muss entsprechend dem tatsächlichen Aufwand erhöht werden, um die Rentenbiografie von Frauen zu verbessern und drohende Altersarmut zu vermeiden. Dies ist mit Steuermitteln zu finanzieren.
- ▼ Große Bedeutung kommt dem weiteren Ausbau der betrieblichen Alterssicherung zu. Bei den privaten Zusatzversicherungen ist ein transparentes und unbürokratisches Angebot ebenso notwendig wie eine funktionierende Verbraucherberatung.

Um das Vertrauen in die Rentenversicherung zu bewahren, ist zu gewährleisten, dass durch Beitragsleistungen erworbene Ansprüche nicht

durch spätere Gesetzesänderungen gemindert werden. (Die Leitlinien zur langfristigen Reform der Rentenversicherung siehe [www.bagso.de](http://www.bagso.de) unter Publikationen.)

**Pressemitteilung Nr. 11/05 der BAGSO**

★

#### Ja zu Solidarität und Nein zum Sozialabbau

Mit einem deutlichen Bekenntnis zur Solidarität als Grundlage für den gesellschaftlichen Zusammenhalt feierte der ostdeutsche Sozial- und Wohlfahrtsverband Volkssolidarität in Dresden das 60. Jubiläum seiner Gründung. Insgesamt mehr als 7.000 Gäste aus allen ostdeutschen Bundesländern erlebten ein Festprogramm mit zahlreichen kulturellen Attraktionen und prominenten Gastrednern.

Verbandspräsident Winkler übte in seiner Festrede deutliche Kritik am bisherigen Sozialabbau als »gemeinsamen Nenner gegenwärtiger Politik«, die sich u.a. durch Rentenkürzungen und zunehmende Kinderarmut zeige. Er rief die anderen sozialen Verbände und Organisationen sowie die Gewerkschaften auf, gegen die »große Koalition der sozialen Demontage« eine »große Koalition der Betroffenen« zu bilden. »Wir brauchen eine Solidarität des Volkes, die nicht nur die unteren und mittleren Schichten erfasst, sondern auch alle, die vom Reichtum dieses Landes leben«, erklärte der Verbandspräsident.

Das unterstützte auch die Vorsitzende des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Stolterfoht. »Die Volkssolidarität leistet Unschätzbares und Unbezahlbares für unser Gemeinwesen«, sagte sie vor tausenden Zuhörern. Die Idee der Solidarität sei die »einzigste Idee mit Zukunft«. Von der Politik forderte Stolterfoht eine Reform der sozialen Systeme, »bei der die Schwachen nicht auf der Strecke bleiben«. Sie forderte ebenfalls zum gemeinsamen Widerstand gegen den Sozialabbau auf.

**Aus einer Presseinformation  
der Volkssolidarität**

## Sachfehler zeugen von mangelnder Kenntnis

Wenn sich Leute wie Leander Haußmann über die Nationale Volksarmee lustig machen, könnte man eigentlich milde lächelnd zur Tagesordnung übergehen. Zahlreiche Sachfehler zeugen von mangelnder Kenntnis der Materie, und manch obszöner Kraftrausdruck der handelnden Personen reflektiert eher die spätpubertäre Phantasie des Schreibers als die Wirklichkeit. Überall in der Welt ist eine Kaserne kein Nonnenkloster, und die Soldaten sind oft wahrlich alles andere als ein Knabenchor. Nein, »DDR-Recyclingspezialist« Haußmann, wie ihn Michaela Christen treffend nannte, prügelt die NVA, um die DDR zu treffen. Und natürlich weiß er genau: Auf dem Hintergrund des 50. Jahrestages der Gründung der Bundeswehr kann mit satten Honoraren rechnen, wer die andere deutsche Nachkriegsarmee gehörig in die Pfanne haut.

Peter Sodann, einem wirklichen Künstler, stimme ich zu, wenn er kürzlich sagte, er wünsche sich die DDR nicht zurück, aber er lasse sie sich auch nicht nehmen. Wenn Haußmann

zum Beispiel flapsig daherredet, die NVA sei »die schlechteste Armee der Welt« gewesen, so ist dies kein Spaß mehr, sondern dümmliche Anmaßung und böswillige Verleumdung.

**Alfred Leonhardt, Korvettenkapitän d.R. (Volksmarine) Güstrow**

*Aus: Forum der Leser der »Schweriner Volkszeitung« vom 22./23. Oktober 2005 zum Roman und Film »NVA«*

## Aus der Postmappe:

### Wachsende Solidarität gegen Geschichtsklitterung!

Es wurde höchste Zeit, den jahrelangen Lügen und Verleumdungen, einer zügellosen Hetze entgegen zu treten, die Tag für Tag den Besuchern der sogenannten »Gedenkstätte Hohenhöhausen« über die Haftbedingungen, über das »Leiden« der Beschuldigten in der ehemaligen U-Haftanstalt des MfS durch Hassprediger eingetrichtert werden.

Täglich werden vor allem junge Menschen aus allen Bundesländern mit Bussen vor diese Einrichtung gekarrt, und es beginnt die Truktur

in jenen Räumen, die Prof. Horst Schneider völlig zu Recht »Das Gruselkabinett des Dr. Hubertus Knabe(lari)« nennt.

Dieses Taschenbuch erschien im Spotless-Verlag vor wenigen Wochen, und für die Mitglieder der GRH, Territoriale Arbeitsgruppe Berlin-Hohenschönhausen, war es sofort Anlass, u.a. eine Buchvorstellung zu organisieren. Dies geschah nunmehr am 18. Oktober 2005. Ca. 250 Bürger waren erschienen, um zu hören, was der Autor, Prof. Horst Schneider, und der Verlagsleiter Klaus Huhn über die Ergebnisse von intensiven Recherchen zu sagen hatten.

Es war eine Fülle von ergänzenden Beweisen zum Inhalt des Taschenbuches, die sie uns in sachlicher, einprägsamer Form darlegten, ein treffender Geschichtsunterricht, erweitert durch den Mitautor des Buches »Verheizt und vergessen«, Herbert Kirchstein, dem Leiter der ehemaligen U-Haftanstalt des MfS, Siegfried Ratazik, und dem Leiter der AG Sicherheit beim Vorstand der GRH, Reinhard Grimmer.

Überrascht waren wir, dass nach drei Stunden schon das Ende nahte; man harrte aus,

➤ Fortsetzung auf Seite 6

## ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

### zum 94. Geburtstag:

Hans Kohoutek, Bln.-Hhsn.

### zum 92. Geburtstag:

Hildegard Kaufmann, Chemnitz  
Günter Vehres, Bln.-Weißensee

### zum 91. Geburtstag:

Herta Ellrich, Bln.-Hhsn.  
Gerda Vincenz, Bln.-Treptow

### zum 88. Geburtstag:

Elfriede Guhleman, Rostock  
Willy Lorenz, Syrau  
Lotte Märtens, Magdeburg  
Herbert Rost, Bln.-Marzahn  
Walter Voigt, Plauen/Mainhardt

### zum 87. Geburtstag:

Herbert Bonßdorf, Plauen  
Hubertus Gast, Bln.-Marzahn  
Helmut Janetz, Jena/Kahla  
Günter Simon, Bln.-Hhsn.

### zum 86. Geburtstag:

Dorothea Baruth, Bln.-Prenzl.Bg.  
Gertraud Brandenburg, Bln.-Marzahn  
Nora Eibig, Dresden  
Hans Otto, Annaberg-Buchholz  
Hans Rittig, Luckenwalde  
Elsa Schwanenberger, Leipzig

### zum 85. Geburtstag:

Ernst Behrens, Magdeburg  
Dorothea Bürgel, Leipzig  
Hans Heinrich, Halle  
Erich Krause, Bln.-Treptow  
Kurt Leppert, Bln.-Hhsn.  
Elisabeth Möbus, Bln.-Fr'felde  
Heinz Schulz, Bln.-Treptow  
Helmut Wappler, Chemnitz

### zum 80. Geburtstag:

Marga Beyer, Chemnitz  
Erich Couve, Eisenhüttenstadt  
Werner Döhler, Leipzig  
Lucie Drost, Quedlinburg  
Rudolf Freitag, Bln.-Treptow  
Helmut Grude, Bln.-Fr'felde  
Lore-Lotte Hensler, Bln.-Weißensee  
Elisabeth Keil, Plauen  
Käte Kempfer, Bln.-Weißensee  
Johannes Kiessling, Chemnitz  
Kurt Köppé, Leipzig  
Magdalena Liebmann, Leipzig  
Edgar Metzner, Jena  
Inge Mohr, Bln.-Mitte  
Ilse Müller, Aschersleben/Staßfurt  
Erwin Pfeifer, Magdeburg  
Erwin Pöpel, Merseburg  
Helmut Rädler, Bln.-Mitte  
Gerhard Rehse, Neubrandenburg  
Sonja Sauer, Magdeburg  
Heinz Schubert, Chemnitz  
Lothar Schütz, Suhl  
Werner Schulz, Jessen/Elster  
Eva Sohn, Bergen  
Helga Tschakert, Bln.-Fr'felde  
Wolfgang Wehnert, Bln.-Fr'hain

### zum 75. Geburtstag:

Werner Berger, Radebeul  
Ernst Beuth, Bln.-Fr'felde  
Martin Bieberbach, Hildburgh.  
Heini Blechschmidt, Chemnitz  
Helga Bochum, Strausberg  
Willy Bohnenstedt, Neubrandenb.  
Erika Braun, Bln.-Treptow  
Erich Buchheiser, Delitzsch

Siegfried Dittrich, Bln.-Treptow

Joachim Drabner, Pdm.-Zentrum  
Klaus Drews, Bln.-Treptow  
Helga Felgenträger, Pdm.-Babelsbg.  
Gerhard Fischer, Kleinmachnow  
Dieter Flach, Halle-Neustadt  
Rudi Franz, Neubrandenburg  
Werner Friedrich, Bln.-Fr'felde  
Klaus Gärtner, Bln.-Köpenick  
Heinz Giebner, Bln.-Hhsn.  
Gerhard Grätz, Bln.-Treptow  
Gottfried Graff, Ebersbach  
Klaus Heimbach, Rostock  
Gertraude Hengst, Chemnitz  
Horst Herdler, Bln.-Prenzl. Berg  
Helfried Hesse, Pirna  
Horst Höppner, Schwerin  
Gertraud Keil, Bln.-Treptow  
Ilse Kilian, Chemnitz  
Detlef Klamka, Bln.-Köpenick  
Selmar Klauer, Pankow  
Alfred Kleine, Bln.-Hhsn.  
Elsa Knabe, Bln.-Marzahn  
Reinhold Kraak, Bützow  
Brigitte Kunze, Leipzig  
Gottfried Lachnit, Bln.-Hellersdorf  
Anneliese Ladwig, Schwerin  
Rudi Lanatowitz, Halle  
Christa Lange-Wötzl, Hermsdorf  
Manfred Liebscher, Lindenberg  
Arndt Mahnert, Bln.-Li'berg  
Hans Meißner, Lübben  
Gerhard Mennicke, Halle  
Horst Menzel, Schönaу  
Hildegard Möhl, Pdm.-Babelsberg  
Oskar Mosteky, Leipzig

Edith Mühle, Bergfelde

Hubert Müller, Schwerin  
Klaus Naake, Bln.-Weißensee  
Fritz Noa, Hildburghausen  
Arno Paul, Bln.-Marzahn  
Heinz Pallen, Olbernhau  
Ruth Pommerening, Baabe  
Dr. Helmut Prescher, Bln.-Marzahn  
Friedrich Pursche, Rostock  
Günther Radicke, Bln.-Treptow  
Hans Albert Räthel, Weißenfels  
Erika Rataizick, Bln.-Hhsn.  
Gerhard Rose, Chemnitz  
Erika Rossow, Bln.-Pankow  
Bernhard Schenck, Bln.-Treptow  
Dorothea Schenck, Bln.-Treptow  
Karl-Otto Schmidt, Bln.-Köpenick  
Manfred Schmidt, Glauchau-Rothenb.  
Hans Schneider, Erfurt  
Manfred Schönebeck, Bln.-Mitte  
Werner Schreppel, Schöneiche  
Heinz Schröck, Bln.-Li'berg  
Harry Schütt, Bln.-Hhsn.  
Rudi Senkpiel, Güstrow  
Lieselotte, Simon, Pdm.-Babelsbg.  
Manfred Spitzner, Chemnitz  
Inge Stein, Havelberg  
Manfred Süß, Bln.-Li'berg  
Ferdinand Theuerl, Pdm./Schlaatz  
Heinz Thurow, Strausberg  
Johannes Trappe, Lübben  
Kurt Walter, Bad Saarow  
Siegfried Weist, Belzig  
Gerhard Wolf, Quedlinburg  
Paul Zepezauer, Bln.-Fr'hain  
Ingrid Ziehm, Bln.-Fr'hain

## &gt; Fortsetzung von Seite 5

denn jeder Redner, auch aus den Besucherreihen förderte den toleranten Inhalt und kultvollen Umgang. Ein Dialog mit Herrn Zahn, einer der Personen, die Führungen durch die »Gedenkstätte« vornehmen, der uns Berlinern schon durch zurückliegende Foren bekannt ist, wurde erfreulich sachlich geführt. Ratschlägen, so u.a. vom Leiter des AfNS der DDR, Wolfgang Schwanitz, widersprach er nicht. Es war ein sehr gelungener Abend, den wir mit einem herzlichen Dank an Autor und Verlagsleiter beendeten, zwei Menschen im hohen Alter unaufhörlich tätig gegen die Verbreitung von antikom-

munistischen Hass, gegen die Fortsetzung des Kalten Krieges.

Es war auch ein Dank für die umfangreich erwiesene Solidarität mit den ehemaligen Mitarbeitern des MfS, die man durch Initiatoren und aktive Verfechter des Zeitgeistes seit nunmehr 15 Jahren durch Rentenstrafrecht, Geschichtsfälschungen und ständige Drohungen versucht, an den Pranger zu stellen.

Doch so, wie am 18.10. 05 werden wir uns auch künftig wehren, und wir wissen recht gut, in welchen Kollektiven wir immer Hilfe und Unterstützung finden.

**Joachim Hauck,  
Mitglied des Vorstands der GRH**

**Auf dem Büchermarkt:****Nie vergessen –  
Solidarität üben!**

Unter diesem Titel wird der Kai Homilius Verlag in Kürze das von Achim Reichardt, von 1982 bis 1990 Generalsekretär des Solidaritätskomitees und von 1990 bis 1992 Geschäftsführer von Solidaritätsdienst international (SODI), verfasste Buch über die Entwicklung der Solidaritätsbewegung in der DDR herausgeben. Der Solidaritätsgedanke ist auch heute lebendig, sich zu erinnern wie es funktionierte, welche Leistungen erzielt werden konnten, welche Schwierigkeiten es gab und dies mit dem gegenwärtigen Zustand zu vergleichen, was aus dieser Bewegung im vereinten Deutschland geworden ist, bewog den Autor, das Thema aufzugreifen.

Im Buch wird die Zeit nach dem II. Weltkrieg bis zum Ende der DDR herausgearbeitet und die auf das Solidaritätskomitee zukommenden Probleme behandelt. Die Maßnahmen der Treuhänderin, die im August 1991 die Geldspenden der Bürger der DDR beschlagnahmte, wurden in einem besonderen Abschnitt ausführlich behandelt, denn erstmalig in Deutschland vergriff sich eine staatliche Einrichtung an Geldspenden. Bei diesen Auseinandersetzungen

wurden u.a. die Spenden der Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung in Frage gestellt. Im Zuge der von August 1991 bis März 1992 geführten Verhandlungen konnte der Rechtsnachfolger des Solidaritätskomitees, der Solidaritätsdienst-international e.V. (SODI), den sachgemäßen Einsatz der Mittel für die Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika nachweisen. Das Ergebnis wurde in Form eines gerichtlichen Vergleiches festgeschrieben.

Mit der Herausgabe des Buches zur Solidaritätsarbeit in der DDR wird die Hoffnung verbunden, dass die positiven Aspekte dieser Bewegung nicht in Vergessenheit geraten und in dieser oder jener Form in einer gesamtdeutschen Solidaritätsbewegung zur Überwindung der Rückständigkeit und Armut in den Ländern der Dritten Welt Eingang finden. Erfreulich wäre es, wenn viele Menschen gegebene Möglichkeiten nutzen, über ihre Solidaritätserlebnisse zu berichten.

*Der Verlag gibt das Buch zu einem Subskriptionspreis von 12 Euro (sonst 18 Euro) an die Käufer ab, wenn bis zum 30. November 2005 die Bestellung direkt beim Verlag erfolgt.*

**Kai Homilius Verlag,  
Christburger Str. 4, 10405 Berlin;  
Tel.: (030) 283 88 510  
E-Mail: [home@kai-homilius-verlag.de](mailto:home@kai-homilius-verlag.de)**

**Impressum**

**Herausgeber:** Vorstand der ISOR e.V.

**Vorsitzender:** Horst Parton

**Redakteur:** Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

**V.i.S.d.P.:** Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

**ISOR aktuell** dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

**Redaktionsschluss:** 26.10.2005

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:** 29.11.2005

**Einstellung im Internet:** 02.12.2005

**Auslieferung:** 08.12.2005

**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

**Geschäftsstelle der ISOR e.V.**

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

**Postanschrift:** ISOR e.V. - Postfach 700423 -10324 Berlin

**e-mail:** [ISOR-Berlin@t-online.de](mailto:ISOR-Berlin@t-online.de)

**internet:** <http://www.isor-sozialverein.de>

**Bankverbindung:** Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:**

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

**Sprechstunden der AG Recht:**

Donnerstags von 15 bis 18 Uhr

**Nachruf**

Das Gründungsmitglied und Mitglied des ersten Vorstands der ISOR e.V., unsere Freundin

**Beate Schenck**

ist verstorben.

Wir ehren ihr Andenken, indem wir unbeirrt unseren Kampf gegen Rentenstrafrecht und Ausgrenzung fortsetzen. **Der Vorstand**

 Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder



PAUL BÖHM, Wandlitz

ELFRIEDE BÖHME, Bln.-Mitte

WALTER BRANDNER, Gera

ALFRED BREUER, Meißen

EDMUND EISMANN, Gera

MANFRED FISTER, Bln.-Lichtenberg

HORST FLEISCHER, Gera

ALFRED GARBRECHT, Pdm.-Waldstadt

GÜNTER GESENDORF, Bln.-Köpenick

KLAUS-PETER HERZOG, Erfurt

GERHARD HEYER, Suhl

EVELYN HIERSCHE, Bln.-Hhsn.

WILLY HILPERT, Bln.-Hhsn.

GÜNTER KLOSA, Germendorf

ERWIN KLOSE, Strausberg

INGE KLUSEMANN, Bln.-Mitte

WOLFGANG KNAUTH, Rostock

HEINZ KUPFER, Dresden

SIEGRID NAGUSCHEWSKI, Bln.-Hhsn.

GÜNTER NICKE, Bln.-Marzahn

GÜNTHER POLLACK, Dresden

ROLF PRÖSELER, Aschersleben

FRITZ QUAPP, Sonneberg

PETER RANK, Dresden

JOHANNES RICHTER, Bln.-Fr'felde

OTTO RIPPKE, Gardelegen

GÜNTER SCHENKE, Stendal

MANFRED SCHIFFLER, Nordhausen

RUTH SCHMIDL, Geraberg

FRANZ SCHNEIDER, Gardelegen

WOLFGANG STOCKMANN, Cottbus

HELMUT TEICHMANN, Bln.-Hhsn.

ELFRIEDE TRAUTENBERGER, Schwerin

MARIANNE WEHR, Chemnitz

HANNELORE WENDT, Bln.-Hhsn.

RUDI WINKELMANN, Wurzen

KARL-HEINZ ZABEL, Delitzsch

CHARLOTTE ZILL, Dresden

**Ehre ihrem Andenken.**